

Metro-Initianten wollen mehr Zeit

LUZERN chh. Der zweite runde Tisch zum Projekt Metro wird verschoben, wie die Stadt Luzern mitteilt. Vorgehen war, dass sich die privaten Initianten des Metro-Projekts Mitte Februar mit Vertretern des Kantons, der Stadt und den Gemeinden Emmen und Ebikon treffen, um die offenen Fragen zu diskutieren.

Die U-Bahn soll dereinst vom Luzerner Stadtrand, im Gebiet Ibach, zum Schwanenplatz führen. Das 400-Millionen-Projekt soll die Innenstadt von Reiseautos und Autos entlasten.

Gespräche im Frühling

«Ein Gespräch wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend gewesen», sagt nun Marcel Sigrist, Bauplaner und Metro-Initiant, auf Anfrage. Darum habe man gebeten, den Termin zu verschieben. Wann die Gespräche nachgeholt werden, ist derzeit nicht festgelegt. Laut Sigrist soll der zweite runde Tisch aber möglichst noch diesen Frühling stattfinden.

Die Behörden haben den Initianten bei einem ersten Treffen im September einen Fragekatalog auferlegt. Sigrist sagt: «Wir sind derzeit daran, die Fragen umfassend zu beantworten.» Man sei aber noch nicht so weit, die Antworten kommunizieren zu können. «Wir haben selber einige neue Erkenntnisse gewonnen, die vertieft bearbeitet werden müssen.» Um welche Erkenntnisse es sich dabei handelt, sagt Sigrist indes nicht.

Verhinderung von Mehrverkehr

Fest steht: Die Initianten werden unter anderem aufzeigen müssen, wie verhindert werden kann, dass mit dem Projekt Mehrverkehr in der Innenstadt und in der Agglomeration entsteht. Der Stadt sei es zudem ein Anliegen, dass die Initianten nachweisen, dass das Projekt bei Gewerbe und Tourismus auf Unterstützung stösst und ohne Beiträge der öffentlichen Hand wirtschaftlich betrieben werden kann, wie es in der Mitteilung der Stadt heisst.

So ticken unsere Chefbeamten

LUZERN Nach der Inserate-Affäre in Zug stellt sich die Frage: Wie politisch nahe stehen sich Regierungsräte und deren Sekretäre? Im Kanton Luzern sind die Positionen klar verteilt.

ALEXANDER VON DÄNIKEN
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Das Stelleninserat der grün-alternativen Zuger Regierungsrätin Manuela Weichelt wirft hohe Wellen. Weichelt sucht einen neuen Co-Generalsekretär, dessen politische Überzeugung «jener der Direktionsvorsteherin» entspricht. Viele Zuger Politiker finden dies stösend. Politische Gesinnung dürfe kein Auswahlkriterium sein.

Im Kanton Luzern schreibt das kantonale Personalgesetz vor: «Voraussetzungen für eine Anstellung sind insbesondere die fachliche und die persönliche Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers.» Die politische Couleur ist damit gesetzlich nicht erwähnt.

Bildung: CVP-«Hochburg»

Dennoch sind die meisten Chefbeamten politisch keine unbeschriebenen Blätter: Vier der fünf Departementssekretäre sind Parteimitglieder (siehe Grafik). Unter Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss (CVP) zum Beispiel arbeitet Hans-Peter Heini – ebenfalls CVP-Mitglied. Heini amtierte im Vorstand der CVP-Ortspartei Weggis, trat aber rund ein Jahr vor dem Stellenantritt beim Kanton aus dem Vorstand aus, wie er auf Anfrage erklärt: «Zu diesem Schritt entschloss ich mich aus zeitlichen Gründen. Die Parteizugehörigkeit war bei meiner Anstellung überhaupt kein Thema und ist es auch jetzt nicht.» Heini ist 2009 als Departementssekretär angestellt worden – von Wyss' Vorgänger Anton Schwingruber, ebenfalls CVP-Mitglied. Als ranghöchster Verwaltungsangestellter im Bildungs- und Kulturdepartement ist Heini auch selber für Stellenbesetzungen zuständig. «Auch da ist die politische Ausrichtung der Kandidaten kein Thema», versichert er. Was zähle, seien die fachlichen und menschlichen Qualitäten.

Bürgerlicher unter SP-Chefin

Anders als bei Hans-Peter Heini gibt es an der Spitze des Justiz- und Sicherheitsdepartements keine politische Übereinstimmung. Vincenz Blaser ist seit 1. April 2005 Departementssekretär von SP-Regierungsrätin Yvonne Schärli. Und: Er ist Mitglied der FDP der Stadt Luzern. «Beim Anstellungsgespräch habe ich von mir aus meine Parteizugehörigkeit angesprochen», so Blaser. Das sei für ihn so selbstverständlich gewesen wie die Angabe seines Zivilstands. Auf die Zusammenarbeit mit seiner Chefin habe die unterschiedliche politische Einstellung keinen Einfluss: «Für meine Position am wichtigsten sind inhaltliche Fakten.»

Das offenbar entspannte Verhältnis zwischen den Chefbeamten und ihren politischen Vorgesetzten mag auch mit der Tatsache zusammenhängen, dass die Luzerner Regierungsräte über persönliche Mitarbeiter verfügen, mit denen sie sich politisch austauschen. Und hier ist es mit der politischen Toleranz vorbei: Sämtliche Luzerner Regierungsräte beschäftigen persönliche Mitarbeiter, die derselben Partei angehören. Einzige Ausnahme ist der parteilose Marcel Schwerzmann – sein Mitarbeiter ist in der FDP. Im Kanton Zug hingegen haben die Regierungsräte keine persönliche Mitarbeiter. Den Zuger Chefsekretären fällt demnach eine stärker politisch ausgerichtete Rolle zu.

Diese Rolle ist laut Bernhard Rütsche, Ordinarius für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Uni Luzern, rechtens. Es liege nur eine staatliche Diskriminierung vor, wenn jemand ohne wichtige sachliche Gründe wegen seiner politischen Haltung benachteiligt werde.

Departemente und ihre Chefs

Regierungsrat	Departementssekretär
Bildung und Kultur	
 Reto Wyss CVP (seit 2011)	 Hans-Peter Heini CVP (seit 2009)
Justiz und Sicherheit	
 Yvonne Schärli SP (seit 2003)	 Vincenz Blaser FDP (seit 2005)
Gesundheit und Soziales	
 Guido Graf CVP (seit 2010)	 Erwin Roos CVP (seit 2011)
Bau, Umwelt und Wirtschaft	
 Robert Küng FDP (seit 2011)	 Hans-Peter Bossart parteilos (seit 1988)
Finanzen	
 Marcel Schwerzmann , parteilos (seit 2007)	 Heinz Bösch CVP (seit 2008)

Quelle: Kanton Luzern

Eine Ausnahme sei, «wenn die politische Ausrichtung in objektiver Hinsicht eine wichtige Rolle spielt, damit der gesuchte Mitarbeiter seine Funktion erfüllen kann».

In Zug sind die Chefs politischer

Generalsekretäre leiten im Kanton Zug die Direktionssekretariate und unterstützen die Regierungsräte bei der Planung und Organisation der Direktion. Es handelt sich laut Rütsche um eine Aufgabe, die relativ stark politisch geprägt ist und eine enge Zusammenarbeit mit den Direktionsvorstehern erfordert. «Deshalb ist davon auszugehen, dass ein hinreichender objektiver Grund besteht, um bei der Anstellung die politische Überzeugung zu berücksichtigen.» Eine Diskriminierung sei somit kaum gegeben. «Zudem ist es auch beim Bund häufig der Fall, dass Bundesräte ihre Generalsekretäre nach der politischen Couleur aussuchen. Die Regierungsrätin von Zug macht insofern nur transparent, was ohnehin Praxis ist.»

Zuger Stelleninserat «nicht klug»

Kurt Meyer, von 1995 bis 2005 für die CVP Luzerner Regierungsrat und Finanzvorsteher, findet das Stelleninserat der Zuger Regierungsrätin dennoch «nicht klug»: «Die Grundloyalität vorausgesetzt, sind interne, politische Auseinandersetzungen wichtig – unabhängig davon, welcher Partei der Kandidat angehört.» Dafür brauche es beim Vorstellungsgespräch und im Tagesgeschäft Fingerspitzengefühl. Eine Vorselektion per Inserat sei daher der falsche Weg. «Natürlich wollte ich im Gespräch vom jeweiligen Bewerber wissen, wie er politisch steht. Dabei ging es mir nicht darum, ob jemand von der linken oder rechten Ecke kommt, sondern ob mit der zu erwartenden Grundhaltung eine Zusammenarbeit möglich ist.»

«Einfluss wird überschätzt»

Ob der Departementssekretär oder andere Mitarbeiter die politische Gegenrolle einnehmen, sei nicht entscheidend. Das hänge auch von der Vorstellung des jeweiligen Departementsvorstehers ab. «Ich persönlich habe zum Beispiel darauf geachtet, auch eine verwaltungs-externe Meinung einzuholen», so Meyer. Generell werde der politische Einfluss der Verwaltungsmitarbeiter auf kantonaler Ebene eher überschätzt: «Der Spielraum ist durch das Tagesgeschäft und die Vorgaben von Regierung und Parlament stark eingeschränkt – was gut ist.»

Das Zitat



«Die Stadt Luzern hat einen Hang zum Perfektionismus.»

Der Luzerner FDP-Grossstadtrat Daniel Wettstein über die Debatte um teure WCs. 20



Das Regierungsgebäude des Kantons Luzern.
Bild: Nadia Schärli

Kanton Zug: Der Wirbel geht weiter

INSERAT kk. Das umstrittene Stelleninserat von Regierungsrätin Manuela Weichelt sorgt in der Zuger Politik weiter für rote Köpfe. Die SVP des Kantons Zug hat gestern eine Interpellation eingereicht. Darin will sie von der Regierung unter anderem wissen, ob die politische Gesinnung tatsächlich für eine Stellenbesetzung ausschlaggebend sein könne.

Neben der Vorgabe, dass die politischen Überzeugungen des Kandidaten mit denjenigen der Regierungsrätin übereinstimmen sollten, stösst sich die SVP auch am Satz «Frauen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt». Isabelle Häner, Titularprofessorin für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich, sagt dazu: «Aufgrund der Bundesverfassung sind Fördermassnahmen und damit eine gewisse Privilegierung des benachteiligten Geschlechts, wie dies zum Beispiel in Bezug auf die Frauenvertretung in Kaderpositionen der Fall ist, zulässig.» Allerdings dürften auch die Männer nicht benachteiligt werden. Deshalb sei der Satz nur so lange in Ordnung, wie die Frauen in diesen Positionen klar untervertreten sind.